



23. Mai 2018

Arbeit im Landtag

Aktuelle Stunde abgelehnt - CDU/FDP ist Zukunft des ZF-Standortes Gelsenkirchen egal



Foto: Sebastian Watermeier

Der Antrag der SPD-Fraktion auf eine Aktuelle Stunde: „Industriestandort ZF-TRW in Gelsenkirchen ist von Schließung bedroht - was tut die Landesregierung?“ wurde am Montag, den 14.05. abgelehnt. Somit befasste sich der Landtag in dieser Woche nicht mit dem Thema.

„Wir wollten von der Landesregierung wissen, welche industriepolitische Strategie sie fährt und welche Perspektive sie für die mehr als 500 Beschäftigten bei ZF Gelsenkirchen hat. Diese Fragen betreffen auch viele andere Unternehmen, welche gerade im Ruhrgebiet Umstrukturierungsprozesse durchlaufen. Statt sich mit Themen großen öffentlichen Interesses zu beschäftigen, diskutiert der Landtag in zwei Aktuellen Stunden zum wiederholten Mal, ob der Islam zu NRW gehört, und über die neue Datenschutz-Grundverordnung“, kritisiert die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

„Erneut sieht man, dass die Mitte-Rechts-Koalition kein offenes Ohr für die Sorgen der Menschen im Ruhrgebiet hat. Das andauernde Zögern bei der Zusage zur IGA und das Verhalten in dieser Frage zeigen, dass Ministerpräsident Laschet den Menschen mit der Ruhrgebietskonferenz Sand in die Augen streut“, ergänzt Sebastian Watermeier, „Wäre das Interesse am Ruhrgebiet aufrichtig, dann würde Schwarz-Gelb die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Regen stehen lassen.“

Weiteres zum Thema **„SPD Gelsenkirchen an der Seite der ZF-Beschäftigten“** in der Rubrik Wahlkreisarbeit!

Schwarz-Gelb muss ein Konzept zur digitalen Ausstattung von LehrerInnen vorlegen

Seit Januar 2018 liegt eine Dienstanweisung des Schulministeriums für die automatisierte Verarbeitung von personenbezogenen Daten in der Schule vor. In Verbindung mit der Datenschutz-Grundverordnung zwingt sie Lehrerinnen und Lehrer zur Unterzeichnung einer Richtlinie, falls sie zur Verarbeitung von Schülerdaten ihren privaten Rechner nutzen. Das Grundproblem bleibt von Seiten der Landesregierung ungelöst: Zunächst muss kurzfristig eine geeignete Software-Lösung zur Verarbeitung der Daten zur Verfügung gestellt werden. Längerfristig muss die Frage der Dienstausrüstung in Form von Dienstrechnern mit allen Beteiligten geklärt werden. Dazu fordert unser Antrag die Landesregierung auf. Die Unterzeichnung einer Richtlinie und der Rückgriff der LehrerInnen auf den eigenen Computer, kann keine Dauerlösung darstellen.



Laptop: Urheber: golubovy - www.fotolia.com

Drucksache [17/2560](#)

Eine nachhaltige Verkehrswende braucht mehr als Schlagworte

Seit Jahren überschreitet Deutschland die zulässigen Grenzwerte für Stickoxide. Um den Anforderungen an die Luftreinhaltung nachzukommen, bedarf es auch einer massiven und nachhaltigen Stärkung des ÖPNV. Die Verkürzung von E-Mobilität auf das Autofahren und unrealistische Zusagen, wie die Einführung eines gänzlich kostenlosen ÖPNV, reichen jedenfalls bei weitem nicht aus. Dabei müssen die Kommunen von Bund und Land deutlich stärker unterstützt werden als bisher. Es geht vor allem um den Abbau des Investitionsstaus und den massiven Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Bisweilen schmückt sich die Landesregierung allerdings vor allem mit Schlagworten: Elektrifizierung, Autonomes Fahren und ein höheres Innovationstempo. Konkrete Vorschläge bleibt Schwarz-Gelb schuldig.



Mobilität: Urheber: kamasigns - www.fotolia.com

Drucksache [17/2557](#)

Verbraucherrechte stärken: Bundesnetzagentur braucht Sanktionsmöglichkeiten

Der Postmarkt (Brief, Kurier, Express, Paket) verändert sich aktuell vor allem wegen des Onlinehandels in einem rasanten Tempo. Mit der Zunahme der Postdienstleistungen häufen sich jedoch auch die Beschwerden über Brief- und Paketzustellungen. Die Bundesnetzagentur überwacht und reguliert den Postmarkt. Gehen Postsendungen verloren, oder werden Briefkästen nicht regelmäßig geleert, so können sich die Kunden an die Bundesnetzagentur wenden. Die Behörde kann diese Beschwerden im Folgenden zwar prüfen und Auskunft vom ausführenden Postdienstleister verlangen, sanktionieren kann sie allerdings nicht. Um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern, fordern wir die Landesregierung dazu auf, sich auf Bundesebene für geeignete Sanktionsmöglichkeiten für die Bundesnetzagentur einzusetzen.



Paketdienst: Urheber: Nick Langer - www.fotolia.com

Bürokratie abbauen: Die 1-Euro-Beteiligung beim Mittagessen für Kinder abschaffen!

Kinder aus einkommensschwachen Familien können nach dem Bildungs- und Teilhabepaket am gemeinsamen Mittagessen in Kitas oder Schulen teilnehmen. Hierfür müssen sich die betroffenen Familien mit einem Eigenanteil in Höhe von einem Euro pro Mittagessen beteiligen. In der Praxis kommt es nach wie vor zu zahlreichen Fällen, in denen die Erziehungsberechtigten diesen Anteil nicht entrichten können. In der Konsequenz werden die betroffenen Kinder und Jugendlichen von der Teilnahme am Mittagessen ausgeschlossen. Für die jungen Menschen sind diese Erfahrungen extrem verletzend. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat einen Gesetzesantrag des Landes Berlin zu unterstützen, den Eigenanteil von einem Euro zu streichen und den bedürftigen Kindern die Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.



Kantine: Urheber: Gerhard Seybert - www.fotolia.com

Drucksache [17/2556](#)

Soziale Rechte: Europas soziale Säule stärken!

Mit der Proklamation der Europäischen Säule der sozialen Rechte im November 2017 haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die Europäische Kommission und das Europäische Parlament politisch verpflichtet, die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine soziale Dimension zu flankieren. Diese Proklamation muss mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Vertragswerk, damit Arbeits- und Sozialrechte als europäische Grundrechte gleichrangig neben den wirtschaftlichen Grundfreiheiten stehen. Die Entsenderichtlinie, die Richtlinie über verlässliche Arbeitsbedingungen und das Paket zur sozialen Fairness sind wichtige Bausteine für ein sozialeres Europa, die verlässlich und konsequent umgesetzt werden müssen.



Europa: Urheber: areporter - www.fotolia.com

Drucksache [17/2558](#)

Konsequenzen aus dem Apothekerskandal in Bottrop ziehen - Verunsicherte Patientinnen und Patienten nicht allein lassen!

Der Apothekerskandal von Bottrop zeigt, dass das System der Medikamentenversorgung von Krebserkrankten durch onkologische Apotheken noch deutlich transparenter werden muss. Vor dem Landgericht in Essen wird derzeit der Fall eines Apothekers verhandelt, der Krebsmedikamente gepanscht und so mehrere Millionen Euro zu Unrecht abgerechnet haben soll. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung dazu auf, das System der Kontrolle bei der Versorgung mit Krebsmedikamenten zu verbessern. Die Landesregierung wird außerdem dazu aufgerufen, für die betroffenen Patientinnen und Patienten eine Anlaufstelle für psychoonkologische und psychosoziale Beratung einzurichten.



Apothek: Urheber: benjaminolte - www.fotolia.com

In ihrem Redebeitrag im Plenum machte Heike Gebhard deutlich, dass die Fraktionen der Mitte-Rechts-Koalition nicht auf die sachbezogenen Vorschläge der SPD-Fraktion zur fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit ausgeschlagen haben und stattdessen eine parteipolitische Auseinandersetzung in einer solchen Sache bevorzugen.

Drucksache [17/1443](#)

Wahlkreisarbeit

SPD Gelsenkirchen an der Seite der ZF-Beschäftigten



Foto: Privat

Die Gelsenkirchener SPD-Abgeordneten Markus Töns, MdB, Heike Gebhard und Sebastian Watermeier, MdL, sowie der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Dr. Klaus Haertel, haben bei einem Besuch des ZF-Standortes Gelsenkirchen ihre Solidarität mit den Beschäftigten bekundet.

Bei Betriebsbesuchen im vergangenen Jahr war von der Unternehmensseite noch ein positives Bild für die Perspektive des Standortes gezeichnet worden. Insbesondere wurden Innovationsfähigkeit, Produktionsqualität und die Zukunftsfähigkeit der Produkte betont. Das Gespräch mit dem Betriebsrat machte deutlich, dass dieses Bild auch bis weit ins Jahr 2018 hinein durch schriftliche Zusagen der Unternehmensführung gegenüber den Beschäftigten bekräftigt wurde. „Umso mehr fühlen wir uns, ebenso wie die Belegschaft, von der Unternehmensleitung getäuscht“, erklärt der Gelsenkirchener SPD-Vorsitzende Markus Töns. „Dies ist nicht der Stil, den man von einem sozial verantwortlich handelnden Unternehmen erwarten müsste. Eine solche Entscheidung unmittelbar vor einem Feiertag bekannt zu geben, lässt eine von langer Hand geplante Strategie zur Vermeidung schlechter Presse und organisiertem Widerstand der Belegschaft vermuten.“

Zu dieser Strategie gehört auch ein Schlechtreden des Standortes. „Wir werden ZF dieses Vorgehen nicht durchgehen lassen und gegenüber allen Gesprächspartnern auf die Produktion der hochmodernen elektronischen Lenksysteme, die vorhandene Auftragslage, die hohe Rentabilität und die qualifizierte und motivierte Belegschaft hinweisen. Aus unserer Sicht ist die angekündigte Standortschließung nicht rational begründbar“, so die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier. „Diese Entscheidung reiht sich in den Personalabbau bei ThyssenKrupp, Siemens und General Electric an anderen Ruhrgebietsstandorten ein. Wir werden die Schwarz-Gelbe Landesregierung auffordern, hier endlich im Sinne der Beschäftigten und der Standorte im Ruhrgebiet Position zu beziehen.“

„Für die SPD-Ratsfraktion steht die Zukunft der Beschäftigten an erster Stelle, ihnen gehört unsere Solidarität. Hier darf keiner ins Bodenlose fallen“, so Dr. Klaus Haertel. In der letzten Ratsitzung der Stadt hat die SPD-Fraktion eine gemeinsame Resolution mit der in dem Rat der Stadt vertretenen Fraktionen verabschiedet, in der an das Management von ZF sowie an ihren Hauptanteileseigner, die Zeppelin-Stiftung, appelliert wird, ihrer sozialen Verantwortung für die Beschäftigten gerecht zu werden und ihre Pläne zur Schließung des Werks in Gelsenkirchen zurückzunehmen.“

1. Mai Kundgebung

Unter dem Motto „Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit“ hat der DGB die Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich an der Maikundgebung zu beteiligen. Rund 800 Menschen sind dem Aufruf gefolgt. Hauptredner in diesem Jahr war Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand, der zum politischen Rundumschlag ausholte. In seiner Rede forderte er unter anderem die Einführung eines kostenlosen Azubi-Tickets. Es könne nicht sein, dass junge Menschen in der Ausbildung einen Großteil ihres Geldes für die Fahrt zum Arbeitsplatz ausgeben müssen.



Foto: Silke Wessendorf

Treffen mit dem Jugendrat Gelsenkirchen

Am Mittwoch, den 8. Mai trafen sich Heike Gebhard MdL, Silke Ossowski Stadtverordnete sowie Sebastian Watermeier MdL mit einigen Mitgliedern aus dem Jugendrat Gelsenkirchen. Der Jugendrat präsentierte die Arbeitsweise und Erfolge, aber zeigte zugleich auch wo noch Handlungsbedarf besteht. Die Zusammenarbeit verlief mit einigen politischen Gremien noch stockend. Man sehe dennoch ein deutlichen positiven Trend, viele Startschwierigkeiten seien überwunden, so Michael Schmitt der Vorsitzende des Jugendrates. Eine Idee soll bereits in naher Zukunft umgesetzt werden, denn Heike Gebhard und Sebastian Watermeier haben angeboten den Jugendrat Gelsenkirchen im Landtag in Düsseldorf einzuladen. Alle Teilnehmer sind sich einig, dass es notwendig und richtig ist Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich in die örtliche Politik zu engagieren und damit den jungen Menschen eine kraftvolle Stimme zu verleihen.



v.l.n.r.: Murat Akyüz (Ausschussmitglied des Jugendrates), Martin Leibing (Vorstandsmitglied Jugendrat), Silke Ossowski (Stadtverordnete), Heike Gebhard (MdL), Michael Schmitt (Vorsitzender des Jugendrates), Katharina Knappe (Vorsitzende des Jugendrates), Sebastian Watermeier (MdL) Foto: Privat

AG „Jung trifft Alt“ besucht den Landtag NRW

Am 09.05. empfing Heike Gebhard eine Gruppe aus Schülerinnen und Schülern und Bewohnerinnen und Bewohnern zweier Seniorenwohnheime.

In einer Diskussion mit der Gruppe konnte Heike Gebhard über ihre Arbeit als Abgeordnete im Landtag und im Wahlkreis berichten, sowie für die Gruppe relevante landespolitische Themen aufgreifen.

Seit mehreren Jahren treffen sich Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Erle in ihrer Freizeit im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Jung trifft Alt“ mit Bewohnerinnen und Bewohnern der Alten- und Pflegeheime St. Josef Erle und der AWO Buer. Durch wöchentliche Aktionen der AG wie Lesepatenschaften, gemeinsames Basteln oder Ausflüge, wie in den Landtag, entwickeln „Jung und Alt“ Verständnis füreinander und erhalten Einblicke in die jeweiligen Lebenswelten.

„Dieses vorbildliche Projekt und der Umgang der Teilnehmenden miteinander nötigt mir großen Respekt ab. Ich werde die AG auch in Zukunft aufmerksam verfolgen“, lautet das Fazit von Heike Gebhard.



Foto: Daniel Schlieffe

Heike Gebhard und Josef Neumann im Dialog mit der Bundestagsfraktion zum Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“

Auch in den Wochen nach dem Besuch des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil in Gelsenkirchen bleibt der inhaltliche Austausch zum Sozialen Arbeitsmarkt bestehen.

Im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion vertreten Heike Gebhard und Josef Neumann gemeinsam mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus NRW, dass die Interessen des Bundeslandes bei den Plänen zum Sozialen Arbeitsmarkt ausreichend berücksichtigt werden. In mehreren Gesprächsrunden wurde unter anderem mit Kerstin Griese, der Parlamentarischen Staatssekretärin des Bundesministeriums über die Zielgruppe und über die spezifischen Erfordernisse vor Ort gesprochen.

Terminhinweise:

Landtagstalk "Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks"



Dienstag, 5. Juni 2018 - 18.45 Uhr im Plenarsaal des Landtags NRW in Düsseldorf.

Billag oder No Billag - vor dieser Entscheidung standen die Schweizerinnen und Schweizer am 4. März 2018. Die Volksabstimmung über die Abschaffung der Rundfunkgebühren entfachte eine monatelange Grundsatzdebatte über Vielfalt, Solidarität und die Rolle der Medien. Die Debatte führte der Schweizer Bevölkerung den Wert von unabhängigem und ausgewogenem Qualitätsjournalismus vor Augen, sodass letztlich eine deutliche Mehrheit von fast 72 Prozent gegen die Volksinitiative „No Billag“ und für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks votierte. Gleichzeitig kündigte die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) umfassende Reformen an, um die Billag-Gebühren deutlich senken zu können.

Auch in Deutschland stehen die Rundfunkgebühren zunehmend in der Kritik, auch hierzulande müssen ARD, ZDF und Deutschlandradio eine Strukturreform vornehmen, um Einsparungen in Milliardenhöhe zu gewährleisten. All das in Zeiten von Fake News und Filterblasen, in denen das Bedürfnis nach fundierten Informationen umso größer ist und die Glaubwürdigkeit von öffentlich-rechtlichen Medien in der Bevölkerung Spitzenwerte erreicht. Was können wir aus der Schweizer Debatte lernen? Inwiefern lassen sich die gewonnenen Erkenntnisse nutzen, um das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht nur für eine funktionierende gesellschaftliche Öffentlichkeit, sondern auch für eine moderne demokratische Gesellschaft zu schärfen? Welche Maßnahmen sind nötig, um das duale Rundfunksystem in Deutschland nachhaltig zu sichern?

Wir laden Sie herzlich ein, über diese und weitere Fragen mit uns zu diskutieren.

Anmeldung und Programm

Besucht uns auch hier



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf